

Der Volkskongress berät Reformen unter der Losung »Viermal umfassend«. Chef Xi zerreißt derweil Netzwerke. Seite 7

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 11. März 2015

70. Jahrgang/Nr. 59 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Gift für den Kinderwunsch

Stefan Otto über stagnierende Familienleistungen

Wohl fast alle stellen sich irgendwann einmal die Frage, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Verglichen mit anderen Ländern scheint die Perspektive für Nachwuchs in Deutschland relativ günstig – die Wirtschaft ist halbwegs intakt, Kriege grassieren anderswo, Naturkatastrophen auch.

Trotzdem hat sich die Stimmung hierzulande eingetrübt – vor Jahren schon, als Politik und Wirtschaft verkündeten, die fetten Jahre seien vorbei, und beharrlich neoliberale Reformen einforderten. Mehr freier Markt, mehr Wettbewerb, mehr Leistung, so das Credo. Der staatlichen Familienpolitik fielen darauf bisher kaum Antworten ein. Für den Kinderwunsch vieler ist das Gift.

Wer sich nämlich für Nachwuchs entscheidet, sollte von Grund auf zuversichtlich sein. Schließlich muss jede erdenkliche Krise mit den Kindern zusammen gemeistert werden. Sei es ein Jobverlust, eine gravierend ansteigende Miete oder die Trennung vom Partner. Ein wichtiger Beitrag für diese von Eltern benötigte Sicherheit sind nach wie vor staatliche Familienleistungen.

Bedauerlicherweise reiht sich Schäubles Vorstoß in die Politik der letzten Jahre ein. Er will nicht mehr ausgeben als irgend nötig. Der Preis, den die Gesellschaft zu zahlen hat, könnte weitaus höher sein als das Einsparpotenzial. Zweifellos sorgt der Finanzminister nicht nur bei der SPD für Verstärkung, sondern auch bei wenig wohlhabenden Eltern. Sie werden nämlich die Leidtragenden dieses Sparkurses sein.

UNTEN LINKS

Es gibt Tage, da bleibt man am besten im Bett – und hofft, dass sie folgenfrei vorüber gehen. Dabei muss man gar nicht unbedingt an Freitag den 13. denken, der in dieser Woche schon zum zweiten Mal 2015 ins Haus steht. Zunächst muss der heutige 11. März über die Bühne gebracht werden. Zu diesem Datum passierten schon so oft Katastrophen, dass Verschwörungstheoretiker sich seit Jahren mit viel Metaphysik daran abarbeiten. Am 11. März 2004 forderten die Terroranschläge in Madrid fast 200 Todesopfer. Fünf Jahre später fand der Amoklauf in Winnenden mit 15 getöteten Schülern statt. Wiederum zwei Jahre später nahm am 11.3. die Katastrophe von Fukushima ihren Lauf, die bis heute Menschen das Leben kostet. Freilich könnte man heute einfach liegenbleiben. Oder bitter konstatieren, dass aus den drei genannten Katastrophen nie die richtigen Schlussfolgerungen gezogen wurden. Oder feststellen, dass beinahe jeder Tag irgendwie ein 11. oder 13. geworden ist. oer

Hamburg – Berlin 1:0

Vorentscheidung für deutsche Olympiabewerbung: 64 Prozent Zustimmung an der Alster, nur 55 Prozent an der Spree



Berlin. Zwar tönen die Berliner Olympiawerber noch immer von den guten Aussichten, die die Hauptstadt für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele und Paralympischen Spiele 2024 angeblich habe – die Zahlen allerdings sprechen eine andere Sprache: 64 Prozent Zustimmung ergab die repräsentative Umfrage, die der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) unter 1500 Hamburgern durchführen ließ. Unter 1500 Berlinern wurden nur 55 Prozent Zustimmung zu Olympia in ihrer Stadt ermittelt. Im Duell um die Olympiabewerbung ist Hamburg in Führung gegangen. 1:0 für die Hansestadt.

»Die Umfrage ist nur ein Teil des Entscheidungsprozesses«, versuchte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) zu beschwichtigen. Sein Hamburger Kollege Olaf Scholz (SPD) hingegen übte sich in der Balance zwischen Frohlocken und Zurückhalten. »Zwei Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger befürworten Olympische Spiele in ihrer Stadt«, jubelte er, um zugleich zu warnen, dass dies nur ein Zwischenschritt hin zu einer deutschen Olympiabewerbung sei. Das DOSB-Präsidium entscheidet am Montag, welche Stadt die Empfehlung bekommt, ehe die Delegierten der DOSB-Mitgliederversammlung am 21. März die Bewerberstadt bestimmen. Eine Pleite wie bei der von den Bürgern abgelehnten Münchner Bewerbung für 2022 will der DOSB unbedingt vermeiden. nd Seite 2

Fotos: Fotolia/ServiceP (L), Fotolia/Marcus_Hofmann (r.)

Schäuble zieht die unterste Schublade

Entwurf zur Erhöhung von Familienleistungen verärgert den Koalitionspartner SPD

Ein Koalitionsvertrag ist nicht in Stein gemeißelt, das demonstriert gerade Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Familienleistungen will er geringer anheben als vereinbart.

Von Stefan Otto

Wolfgang Schäubles Vorstoß war offenbar gut vorbereitet. Der Referentenentwurf aus dem Bundesfinanzministerium, der nur eine geringfügige Anhebung von Familienleistungen vorsieht, wurde am Montag just zu dem Zeitpunkt vorgestellt, als Familienministerin Manuela Schwesig außer Landes war. Vor den Vereinten Nationen in New York setzte die Sozialdemokratin sich für die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen ein. Ihr Vorstoß steht im Zusammenhang mit einer Offensive ihres Ressorts zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen – ein Vorschlag, der vor allem in den Rei-

hen der Union für Verstimmung gesorgt hatte.

Nach ihrer Rückkehr aus New York erklärte Schwesig, Schäubles Vorstoß sei nicht mit ihr abgesprochen worden. »Es kann nicht sein, dass die Alleinerziehenden leer ausgehen, obwohl Herr Schäuble Steuermehreinnahmen hat«, so Schwesig. Die beiden Minister verhandeln derzeit über ein Paket von vier Familienleistungen: den Kinderfreibetrag für Gutverdiener, das Kindergeld, den Kinderzuschlag für Geringverdiener und die Steuerentlastung für Alleinerziehende.

Der nun vorgelegte Referentenentwurf des Finanzministeriums bleibt bei weitem hinter dem zurück, was Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen hatten. Das Kindergeld soll in diesem Jahr um lediglich vier Euro auf 188 Euro angehoben werden, im kommenden Jahr auf 190 Euro. Der Kinderfreibetrag muss erhöht

werden, weil das Existenzminimum für ein Kind gestiegen ist und dies steuerfrei bleiben muss. Schäubles Entwurf sieht zudem vor, den Kinderzuschlag für Gering-

»Es kann nicht sein, dass die Alleinerziehenden leer ausgehen, obwohl Herr Schäuble Steuermehreinnahmen hat.«

Manuela Schwesig, Familienministerin

ringverdiener im kommenden Jahr um 20 Euro auf 160 Euro anzuheben. Für die Alleinerziehenden ist dagegen nichts vorgesehen.

Seit der Einführung des steuerfreien Entlastungsbetrags für Alleinerziehende 2004 beträgt er

jährlich 1308 Euro, was einer realen Entlastung von rund 350 Euro entspricht. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD noch vereinbart, die Entlastung anzuheben und dafür rund 60 Millionen Euro im Jahr auszugeben.

Unmut erntet Schäuble für seinen Entwurf nun von den Sozialdemokraten. Fraktionsvize Carola Reimann erklärte der »Passauer Neuen Presse«, sie erwarte, dass der Koalitionsvertrag eingehalten werde. Schließlich dürfe die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander gehen, warnte sie.

Auch in der Union ist Schäubles Vorstoß in die Kritik geraten. So kündigte der Vorsitzende des Familienausschusses, Paul Lehrieder (CSU), an, für Nachbesserungen zu kämpfen. Die geplante Erhöhung des Kindergeldes um wenige Euro würden viele nicht als »Anerkennung ihrer Familienleistung« empfinden, sagte Lehrieder der »Neuen Passauer Presse«.

Volksbegehren gegen hohe Mieten

Initiative legt Gesetzentwurf für sozialen Wohnungsbau vor

Berlin. Die Initiative »Berliner Mietenvolksentscheid« stellte am Dienstag ihren Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung vor. Hauptpunkt ist die Einrichtung eines Wohnraumförderungsfonds, mit dem die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzt werden sollen, einkommensabhängige, sozial verträgliche Mieten in ihrem Bestand zu garantieren sowie weitere Wohnungen zu erwerben bzw. neu zu bauen. Ferner sollen jene Mieter vor untragbaren Mieterhöhungen geschützt werden, deren Wohnungen aus der Förderung des alten sozialen Wohnungsbaus gefallen sind. Das Bündnis fordert unter anderem, dass die Mieten in öffentlich geförderten Wohnungen gesenkt werden und sich am Einkommen der Mieter orientieren.

Bei dem Gesetzentwurf gehe es »im Kern um einen kompletten Systemwechsel der Berliner Wohnungspolitik«, sagte Stadtsoziologe Andrej Holm dem »nd«. Das wäre nicht nur gut für die Stadt, sondern fände auch die Zustimmung von vielen Mieterinnen und Mietern.

Maren Kern, Vorstand des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., sagte, »durch das Mietenvolksbegehren würde die Wohnungspolitik zum unkalkulierbaren Risiko für die Stadt und den Landeshaushalt«. Der Gesetzentwurf berge zahlreiche Risiken. Neben der völlig ungeklärten Finanzierung bestehe vor allem auch die Gefahr neuer sozialer Brennpunkte. nd Seite 9

Athen spricht mit der Ex-Troika

Expertentreffen zunächst in Brüssel

Brüssel. Vertreter der griechischen Regierung und der internationalen Gläubiger nehmen in Brüssel schon am Mittwoch wieder Gespräche auf. Darauf einigten sich die Euro-Finanzminister am Montagabend. Die Kreditgeber wollen zudem »technische Teams« nach Athen entsenden. EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds – einst Troika genannt – wollen sich so einen genauen Überblick über die Kasenslage in Athen verschaffen.

Finanzminister Yanis Varoufakis betonte, trotz der Rückkehr der Experten nach Athen gehörten Kontrollen »mit Technokraten der drei Institutionen, die im Gleichschritt in unsere Ministerien laufen«, der Vergangenheit an. Die Experten seien aber in Griechenland willkommen, und sie würden »alle Informationen« erhalten, die sie benötigten.

Wegen der angespannten Finanzlage forderte der griechische Staatsminister Alekos Flambouraris am Dienstag seine Landsleute auf, ihr Geld zu den Banken zurückzubringen. »Wir sind in einem Existenzkampf und wir brauchen jeden einzelnen Euro«, so Flambouraris. Nach Schätzungen hoben die Griechen in den letzten drei Monaten aus Sorge um ihr Ersparnis mehr als 22 Milliarden Euro von ihren Konten ab. Die Geldeinlagen sind laut Medienberichten auf etwa 150 Milliarden Euro gefallen. Agenturen/nd

Lesen Sie heute im Ratgeber

Neue und fälschungssichere 20-Euro-Scheine kommen ab 25. November 2015 in Umlauf

Umzug in eine neue Wohnung: Was ist alles zu beachten?

Fragen & Antworten zur Einkommensteuererklärung 2014